

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Tagesblatt Riesa,
Hermann Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
des Landeshauptmannschaf Großherzog, des Amtsgerichts, des Landeshauptmannschaf beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Gesundheitsamts Riesa.

Verlagsort: Dresden 1898
Großstraße Riesa Nr. 22.

Nr. 75.

Mittwoch, 30. März 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag (Sonn- und Feiertage) von 7 bis 12 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Abonnementspreis beträgt für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrags des Abonnements vor dem 1. April 1927 beträgt der Preis für den Monat 2 Mark. Der Abonnementspreis enthält die Lieferung des Tagesblattes und die Lieferung der Beilagen. Der Preis für die Beilagen beträgt für die Nummer des Ausgabestages 10 Pfennig. Die Beilagen sind für den Abonnenten zu bezahlen; eine Gewähr für das Bestehen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftgröße (5 Zeilen) 36 Gold-Pfennige; die 50 mm breite Zeilenbreite 100 Gold-Pfennige. Jahressubskriptionen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Taxen, Sammler Rabatt erwünscht, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung stellt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Kasse. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Drucker oder der Verlegerungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Erstattung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Stitzsch, Riesa.

Neuorientierung der russischen Außenpolitik?

Der vielfach erwartete Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen London und Moskau von Seiten des britischen Kabinetts im Zusammenhang mit dem bekannten russisch-englischen Rotenwechsel ist nun doch nicht erfolgt und nach Lage der Dinge ist nicht anzunehmen, daß man in London entschlossen sein dürfte, das Verhältnis zu Rußland auf eine kritische Spitze zu treiben. Es ist in der jüngsten Zeit aufgefallen, daß die Warschauer Regierung bestrebt ist, mit Sowjetrußland einen Sicherheitspakt abzuschließen, um so Rückendeckung für alle Fälle zu erreichen. Die Initiative zu den bevorstehenden polnisch-russischen Verhandlungen ist nach Auffassung der Berliner politischen Kreise nicht von Polen ausgegangen, sondern hier dürfte England die Anregung gegeben haben. Das beweist, daß die Beziehungen der britischen Außenpolitik, die baltischen Staaten und auch Polen zu veranlassen, eine unfreundliche Haltung gegenüber Sowjetrußland einzunehmen mit dem weitergehenden Ziele, Rußland von Westeuropa zu isolieren, vorläufig als gescheitert angesehen werden müssen.

Bemerkenswert ist, daß der polnische Außenminister Kulesz sich gleichfalls mit aller Entschiedenheit für den Abschluß eines Neutralitätsvertrages zwischen Polen und Sowjetrußland einsetzt. Die Gründe für diesen Stimmschwung sind zweifellos daraus zurückzuführen, daß auch Polen bestrebt ist, seine Beziehungen zu Sowjetrußland zu festigen, um so gegenüber Deutschland freie Hand zu erhalten. In Warschau erwartet man, wie sich aus der Stellungnahme polnischer Blätter ergibt, in nicht zu ferner Zeit eine Anregung der deutschen Regierung, in Verhandlungen über eine Verständigung der deutschen Ostgrenze einzutreten. Nach weiteren Informationen eilen diese Vermutungen den Tatsachen voraus, wenn auch allerdings die deutsche Außenpolitik zu einem gewissen Zeitpunkt sich wieder mehr mit der Reduzierung der Ostgrenze Deutschlands beschäftigen wird.

Aus der Tatsache, daß die Sowjetregierung bereit sei, mit Polen Verhandlungen über den Abschluß eines Neutralitätsvertrages aufzunehmen, wird nun vielfach geschlossen, daß sich aus dem eventuellen Abschluß eines derartigen Abkommens eine ungünstige Auswirkung auf die deutsch-russischen Beziehungen ergeben könnte. Diese Befürchtungen sind durchaus überflüssig. In Rußland glaubt man nämlich, mit der Wiederaufnahme von Neutralitätsverhandlungen mit Warschau für einen späteren Zeitpunkt zu erwartenden neuen Initiative Englands in Osteuropa schon begegnen zu müssen. Man weist mit Recht darauf hin, daß England sich augenblicklich dem osteuropäischen Problem weniger hingeben kann, umso mehr, als die britische Außenpolitik gegenwärtig alle Hände voll zu tun hat, um das Prestige Englands im fernem Osten wieder herzustellen.

Was Deutschland betrifft, so wird man die Regelung der Beziehungen zwischen Rußland und Polen nur begrüßen können. In irgendwelchen Bestrebungen liegt jedenfalls kein Grund vor, irgendwelche Rückschlüsse für den deutsch-russischen Handelsverkehr her auszuwickeln, falls nicht zu erwarten. Sowohl Rußland als auch Polen sind in wirtschaftlicher Beziehung auf Deutschland angewiesen. Eine Verständigung zwischen Warschau und Moskau kann somit dem deutsch-russischen Handelsverkehr nur dienlich sein und die bisher in Erscheinung getretenen Nebenereignisse mit Polen für den Transit-Verkehr nach Rußland dürften dann gleichfalls in Wegfall kommen.

Die Frage der Referententritts in Genf.

Genf, 29. März. Zu Beginn der heutigen Vormittags-Sitzung sagte Präsident London das Ergebnis der gestrigen Aussprache über die wichtige Frage des Einbezuges der ausgebildeten Referenten dahin zusammen, daß jede Partei bei ihrer Auffassung geblieben ist. Zur Erleichterung der Fortsetzung der Beratungen schlug er aber vor, sich in der jetzigen ersten Sitzung unter Vorbehalt aller Abänderungsrechte für die zweite Sitzung dahin zu einigen, daß eine Begrenzung der ausgebildeten Referenten nicht vorgenommen wird.

Vor Abschluß der Aussprache betonte der amerikanische Vertreter Gibson, daß die künftige Abrüstungskonvention klar und einfach sein müsse, damit sie für den Mann auf der Straße verständlich würde, und unterbreitete dann einen Vorschlag, der nach seiner Auffassung im Augenblick nicht diskutiert werden soll, aber für die zweite Sitzung die Verhandlung über diese spezielle Frage vorbereiten könnte. Nach diesem Vorschlag sollen die Kandidaten in ihrer Gesamtheit durch zwei Jahrelang angeordnet werden, von denen die erste den Stand des aktiven Heeres und die zweite den Stand der ausgebildeten Referenten enthalten, wobei unter ausgebildeten Referenten die im militärischen Austausch von Amerika, Deutschland, England, Schweden, Finnland, Schweden und Spanien angenommene Definition zu verstehen wäre, das heißt lediglich Mannschaften, die tatsächlich militärisch ausgebildet wurden.

Dann trat der Vorbereitungsansatz in die Diskussion der Frage ein, ob zwischen den Streitkräften im Mutterlande und in den überseeischen Gebieten ein Unterschied gemacht werden soll. Der italienische Vertreter de Marinis ist gegen die von Frankreich vorgeschlagene Unterscheidungsart da, wie er hinzufügt, zum mindesten die Truppen in Kolonien mit geringer Entfernung vom Mutterlande von diesen nachbarlichen bei der Berechnung der für die Sicherheit nötigen Mannschaften mitberücksichtigt werden müssen.

Die Vorkommnisse im Sächsischen Landtage.

Eine Aussprache in der neuen Sitzung.

M. Dresden, 29. März 1927.

Der Landtag hat sich vorgenommen, in seiner heutigen Sitzung die am 21. März unerledigt gebliebene Tagesordnung zu beraten. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Präsident Schwarz mit, daß auf Grund der einstimmigen Bill der Geschäftsordnung der Abg. Roscher (Komm.) von drei Sitzungen ausgeschlossen worden sei. Wenn dem Präsidium bekannt gewesen wäre, daß der Abg. Biele (Komm.) sich an den Vorgängen beteilige, wie jetzt glaubhaft versichert werde, so wäre auch er von dem Ausschluß betroffen worden. Abg. Biele (Komm.) verliest eine längere Erklärung, in der gegen die beschuldigte Minoritätserhöhung und die Verteilung des Aufwands protestiert wird.

Auch Abg. Biele (Komm.) gibt eine Erklärung ab, die sich gegen eine Änderung des Minoritätsprinzips über die Hypothekeneinlage des Arbeitsministers wendet. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die Wahl von 10 Mitgliedern und je 3 Stellvertretern für die Gemeindekammer.

Präsident Schwarz teilt mit, daß der Antrag Blüher wegen der Verteilung der Sitze zurückgezogen worden sei.

Abg. Biele (Soz.): Die Tatsache, daß der Antrag der vereinigten bürgerlichen Parteien zurückgezogen worden sei, ändere nichts an der bössartigen Tendenz, eine feste Gemeindekammer zu verhindern. Abg. Dr. Blüher habe die Unwahrheit gesagt, wenn er behauptete, die Aufwertungsparität habe den für zukünftigen Sitz an die Deutschnationalen abgetreten.

Redner geht dann auf die

Skandalösen Vorgänge der letzten Sitzung

ein. Er mißbilligt die Handlungen des Abg. Biele und die Entziehung des Mandats des Abg. Ewert. Die Ursache der Zusammenstöße sei ein Stillschalten des Straßensanktionsbittens. Nun habe die Staatsregierung es gewagt, durch einen Brief die Souveränität des Landtages anzuzweifeln. Der Minoritätspräsident sei doch nicht der Herrscher des Landtagspräsidenten.

Abg. Renner (Komm.): Man versuche mit den rücksichtslosesten Maßnahmen Abgeordnete der kommunistischen Partei von ihrer parlamentarischen Tätigkeit auszuschließen. Sogar aus rein persönlichen Gründen sei ein Mandat aberkannt worden. Auch er kritisiert das Eingreifen des Minoritätspräsidenten in die Angelegenheit. Der Präsident habe ihm bestätigt, daß ein Antrag des Staatsanwaltes auf Abberufung der Immunität der drei kommunistischen Abg. Roscher, Soreider und Biele vorliege. So rief er die Justiz an.

Abg. Biele (A.-Soz.): Ohne den Angeklagten zu hören, sei von der Linken ein Skandal heraufbeschworen worden, wie er in der Geschichte des Parlaments noch nicht vorgekommen sei. (Zustimmende Abgeordnete der Linken, Sozialisten und Kommunisten verlassen den Saal, nur Abg. Renner bleibt sitzen.) Es sei ein Skandal, daß Biele die an ihm (Biele) verübte Unschicklichkeit zu verteidigen suche. Renner sei zwei- oder dreimal zu ihm gekommen und habe ihn gebeten, für die Anerkennung des Mandats Ewert's zu stimmen. Er habe Renner zum Abgeordneten haben gewiesen, der im Ausschuss sitze, habe ihm aber erklärt, daß die allergrößten Bedenken gegen Ewert's Mandat beständen. Nur ein ganz schmuddiger Charakter könne ihm eine Erpressung unterstellen. Die Verleumdung liege an den Stellen, die eine persönliche Sanktion von mir erbat und es dann fertig brachten, mich persönlich zu treffen.

Abg. Biele (Komm.) behauptet, Biele habe ihm feinerzeit bei Einbringung des kommunistischen Writensantrags gegen den Arbeitsminister erklärt, die Kommunisten dürften sich nicht wundern, wenn die Alltagsarbeiten gegen den Abg. Ewert vorgingen.

Minoritätspräsident Feldt: Der Vorgang, um den es sich hier handelt, war der unerhörte, der sich jemals in einem deutschen Parlament ereignet hat (Widerdruck links). Man hat sich vielleicht auch in anderen Parlamenten gewagt, das was vielleicht unter der Decke „Nie wieder Arica!“ geschrien sein (Gekicher). Aber es ist noch nicht vorgekommen, daß jemand an der Ausübung seines Mandats in dieser Weise gehindert worden ist. Von einer Verurteilung des Landtages kann keine Rede sein. Es handelt sich hier um ein Delikt, um jeder Staatsbürger Strafantrag stellen kann. Und ich sehe hier als Vertreter einer republikanischen

dem sie könnten in einer kaum mehr als zwölfstündigen Frist ins Mutterland geschafft werden und damit die Antrittskraft dieses Landes rasch vermehren. Es müßte zum mindesten zwischen den überseeischen Streitkräften entsprechend ihrer größeren oder geringeren Entfernung vom Mutterlande unterschieden werden. In dieser Hinsicht machte de Marinis verschiedene Vorschläge.

Im Laufe der Diskussion, in der sich zunächst Gibson und ganz besonders Lord Robert Cecil gegen die letzte Form der von Frankreich vorgeschlagenen Unterscheidung aussprachen, näherten sich die Auffassungen derart, daß auf Vorschlag von Lord Robert Cecil beschlossen wurde, die französischen Gesichtspunkte bis zur nächsten auf morgen vormaligen Sitzung in eine neue Formulierung zu bringen, die die Verständigung über diesen Punkt ermöglichen werde.

Regierung (Gelächter links). Der Vorgang war geclaut, den Gedanken der Republik herunterzudrücken denn jeder wird sich sagen, daß wenn es in einer Republik so zugeht, es sehr schlimm um diese Staatsform bestellt sein muß. Daraus ergibt sich der Strafantrag der Regierung. Auf weiteres werde ich mich mit Ihnen nicht einlassen, denn Sie sind heute nicht in der Verfassung, daß man ruhig und sachlich mit Ihnen verkehren kann.

Abg. Renner (Komm.) behauptet, er habe Biele um keine Gunst gebeten. Abg. Biele (A.-Soz.): Was Biele behauptet habe, sei glatt erfunden. (Abg. Biele rief vor Biele und sagt: Das kennzeichnet den Biele!) Sehen Sie mir ins Auge, Lügner! (Ordnungsdruck des Präsidenten.)

Abg. v. Dumell (Volkrechtspartei) erklärt, seine Partei habe auf Wunsch Blüher's auf den Sitz in der Gemeindekammer zugunsten der Alltagsarbeiten verzichtet.

Der Präsident verliest hierauf die Geschäftsliste für die Wahlen zur Gemeindekammer und schlägt Wahl durch Jurauf vor. Dagegen wird vom Abg. Reimann Widerspruch erhoben. Es müssen deshalb Stimmzettel gedruckt werden. Die Wahl soll im weiteren Verlaufe der Sitzung stattfinden. Es findet sodann die Beratung über die Anträge der Alltagsarbeiten und Kommunisten zum

Rechtsangelegenheiten gegen Schmid und Schmutz statt, obwohl die Antragsteller selbst angeben, daß die Angelegenheit bereits erledigt sei.

Abg. Frau Wittmann (Dn.), D. Dickmann (Dn.), Frau Dr. Hilke-Bell (Dn.) und Abg. Hengstler (Dn.) (Dn.) verteidigen das Gesetz. — Der kommunistische Antrag wird an den Rechtsausschuß verwiesen. Der Antrag des Abg. Seemann und Sen. (Dn.)

Angelegenheiten und Gewerkschaften wird von den Antragstellern zurückgezogen, da die Regierung angekündigt hat, die Angelegenheit durch eine Verordnung zu regeln.

Abg. Biele (A.-Soz.) begründet sodann den Antrag seiner Partei, die Regierung zu ersuchen, bei den Verhandlungen über das Gesetz über den Reichswirtschaftsrat und das Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat darauf hinzuwirken, daß dem regionalen Prinzip in größerem Umfang Rechnung getragen wird, als der Entwurf das vorliegt. Der Antragsteller fordert insbesondere, daß die dritte Abteilung des Reichswirtschaftsrates zu einer Vertretung der territorialen Wirtschaftsinteressen ausgebaut wird und die Benennung „Abteilung“ für die dritte Abteilung des Reichswirtschaftsrats ist, wobei die Väterregierungen verpflichtet werden müßten, sich mit den genannten Vertretungen der Wirtschaftsgebiete wegen der Benennung ins Einvernehmen zu setzen.

Abg. Berg (Dn.) richtet hierauf die Anfrage an die Regierung, ob die Meldung zuträfe, daß die Sächsische Kreditbank, vertreten durch das Ministerium des Innern, mit einem größeren Betrage an der Firma Sächsische Holzgeräte und Holzwaren G. m. b. H. Dresden beteiligt sei. — Durch diese Beteiligung werde der durch die Steuerlasten ohnehin bedrückten freien Wirtschaft schwerere Konkurrenz bereitet. Ministerialdirektor Dr. Meier antwortet, die Sächsische Kreditbank sei an der Gesellschaft nicht beteiligt und beabsichtige auch nicht, sich zu beteiligen.

Hierauf wurde die Abstimmung über die Wahl der Gemeindekammermitglieder vorgenommen.

Als Mitglieder wurden gewählt: Gemeindevorordneter Biele in Burg bei Dautzen (Dn.), Bürgermeister Trautsch in Burg (Dn.), Oberbürgermeister Dr. Blüher (Dn.), Stadtverordnetenvorsteher Spilker, Glaucha (Dn.), Oberbürgermeister Dr. Kühn, Reichenbach (Dn.), Gemeindevorordneter Kanacher in Reichenbach (A.-Soz.), Stadtverordneter Hübner, Dresden (Soz.), Stadtverordneter Freytag, Leipzig (Soz.), Bürgermeister Hübner in Oberwiesenthal (Soz.) und Stadtverordneter Dierleber in Dautzen b. Chemnitz (Komm.).

Um 8 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen. Nächste Sitzung Donnerstag, nachmittags 1 Uhr: Melangesteuer, Etatberatung.

Die sächsischen Beschwerden vor dem Reichskabinett.

M. Dresden. Wie aus Berlin gemeldet wird, hat der Kanzler in einer Sitzung des Reichskabinetts auch die vom sächsischen Ministerpräsidenten vorgebrachten Beschwerden zur Sprache gebracht. Wie verlautet, beabsichtigt der Reichsfinanzminister daraufhin eine nochmalige Nachprüfung der sächsischen Wünsche über den Mittellandkanal und das Hygienemuseum vorzunehmen.